

ASIEN: Abgeordnete stärken Ureinwohner – Ständiges Indigenenkomitee geplant



← Vicky Tauli Corpuz, UN Permanent Forum on Indigenous Issues (UNPFII) | Bild: Tebteba

Von Ramesh Jaura

Manila, 30. März (IPS/IDN*) – In Asien und der Pazifikregion leben 70 Prozent der weltweit 370 Millionen Ureinwohner. Trotz ihrer vielfältigen Fähigkeiten und Leistungen, auch im Bereich des Umweltschutzes, leiden die meisten unter Armut und Diskriminierung. Das wollen Abgeordnete in der Region jetzt ändern. Sie kündigten die Einrichtung eines besonderen Komitees für indigene Völker unter dem Dach des Asien-Forums der Parlamentarier für Bevölkerung und Entwicklung (AFPPD) an.

Wie die Politiker zum Abschluss ihres zweitägigen Treffens vom 25. bis 26. März in Manila erklärten, soll ein solches Gremium die Interessen der Ureinwohner im asiatisch-pazifischen Raum angemessen vertreten und den Indigenen dabei helfen, dem Elend zu entfliehen und ihre Rechte wahrzunehmen.

Nach den Vorstellungen der Teilnehmer des Asiatisch-Pazifischen Regionalseminars über indigene Völker, Klimawandel und ländliche Armut soll das neue Gremium die Vorsitzende des 'Ständigen UN-Forums für indigene Angelegenheiten' (UNPFII), Vicky Tauli Corpuz, unterstützen, die Ziele der UN-Ureinwohnerorganisation umzusetzen. Es ergänzt die beiden AFPPD-Komitees für den Status der Frau und für Bevölkerungs- und Ernährungssicherheit.

Das AFPPD verfolgte bisher das Ziel, Abgeordneten die Zusammenhänge zwischen wachsender Bevölkerung, reproduktiver Gesundheit, Familienplanung, Ernährungssicherheit, Wasserressourcen, nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Altern der Bevölkerung, Urbanisierung, Migration, HIV/Aids und Gleichberechtigung der Geschlechter aufzuzeigen.

Die Abgeordneten kündigten an, auch andere Politiker für eine effektive Umsetzung der UN-Deklaration der Rechte indigener Völker aus dem Jahr 2007 zu mobilisieren. Sie betonten zudem die Bedeutung, die multilateralen Vereinbarungen wie dem Artenschutzabkommen oder der Klimarahmenkonvention zukommt. Die Ureinwohner seien nicht nur Opfer des Klimawandels, sondern könnten mit ihrem traditionellen Wissen, ihren Erfahrungen und Fähigkeiten die Integrität der verschiedenen Ökosysteme gewährleisten und zur Lösung der Klimakrise beitragen, erläuterten sie.

Indigene Rechte stärken

Doch zunächst sei es notwendig, für politische Maßnahmen und Reformen zu sorgen, die den Ureinwohnern Respekt und Einflussmöglichkeiten verschafften, erklärten die Parlamentarier. Sie verpflichteten sich dazu, mit der Verabschiedung neuer Gesetze den rechtlichen Rahmen zu schaffen, damit Ureinwohner ihre Individual- und Kollektivrechte wahrnehmen und ihre Entwicklung im Einklang mit ihrer Kultur und ihrer Identität voranbringen können. Viele Ureinwohner leben in extrem fragilen Ökosystemen von und mit der Natur.

Die Parlamentarier wiesen auf den zivilisatorischen und kulturellen Reichtum der Ureinwohner hin. So sprechen die indigenen Völker 4.000 der verbliebenen 6.000 Sprachen. Auch würdigten sie ihre Harmonie mit der Natur, Kollektivität und Solidarität, ihre indigenen Wissenssysteme und ihre besonderen Fähigkeiten des natürlichen Ressourcenmanagements.

Organisiert hatten das Seminar in Manila das AFPPD und das Philippinische Rechtskomitee für Bevölkerung und Entwicklungsgrundlagen (PLCPD) mit der finanziellen Hilfe des Internationalen Agrarentwicklungsfonds IFAD, der die Ureinwohner aufgrund ihrer wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Ausgrenzung als besondere Zielgruppe unterstützt. (Ende/IPS/kb/2010)

*Der vorliegende Beitrag wurde erstmals in Online-Informationssdienst IDN-InDepthNews veröffentlicht, einem Kooperationspartner von IPS Europa.

Links:

<http://www.un.org/esa/socdev/unpfii/>
<http://www.afppd.org/>
<http://www.nonprofitpages.com/plcpd>
<http://www.ifad.org>
<http://www.indepthnews.net/news/news.php?key1=2010-03-28%2006:53:52&key2=1>



Das Magazin wird vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegeben



Die Welthungerhilfe leistet Hilfe aus einer Hand: von der schnellen Nothilfe nach einer Katastrophe bis zu langfristigen Projekten mit einheimischen Partnern.



Die Friedrich- Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet



Die Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) ist eine überparteiliche und gemeinnützige Einrichtung, die 1986 auf Initiative von Willy Brandt unter der Mitwirkung des damaligen Ministerpräsidenten und späteren Bundespräsidenten Johannes Rau gegründet wurde.

